

Polizei- und Sicherheitsrecht Bayern

Möstl / Schwabenbauer

2022

ISBN 978-3-406-74758-8

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Möstl/Schwabenbauer
Polizei- und Sicherheitsrecht Bayern


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Polizei- und Sicherheitsrecht Bayern

Kommentar

Herausgegeben von

Prof. Dr. Markus Möstl

Professor an der Universität Bayreuth

Dr. Thomas Schwabenbauer

Richter am Bayerischen Verwaltungsgericht München

DIE FACHBUCHHANDLUNG

2022



C.H.BECK

Zitiervorschlag:
BeckOK PolR Bayern/Bearbeiter PAG Art. 1 Rn. 1


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 74758 8

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Eberl & Koesel GmbH & Co. KG
Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Bearbeiterverzeichnis

- Dr. Josef Aulehner apl. Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Dr. Wolfgang Bär Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Honorarprofessor an der Universität Jena
- Dr. Julius Buckler Akademischer Rat a. Z., Universität Bayreuth
- Dr. Walter Buggisch Leitender Polizeidirektor, Leiter des Fortbildungsinstituts der Bayerischen Polizei Ainring
- Christine Dieterle Richterin am Amtsgericht, Amtsgericht München
- Dr. Kai Engelbrecht Ministerialrat, Geschäftsstelle des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, München
- Katrin Fischl Oberregierungsrätin, Fachbereichsleiterin Personal beim Staatsbetrieb Immobilien Freistaat Bayern, München
- Alexander Gliwitzky Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, München
- Dr. Michael Goldhammer,
LL.M. (Michigan) o. Professor an der EBS Law School Wiesbaden
- Christof Gregor Oberregierungsrat, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
- Andrea Greifenstein Oberregierungsrätin, Leiterin des Prüfungsamtes der Bayerischen Polizei, Bamberg
- Dr. Benedikt Grünewald Erster Bürgermeister des Marktes Bad Abbach (vormals Richter am Bayerischen Verwaltungsgericht München)
- Dr. Alexander Heinold Vorsitzender Richter am Bayerischen Verwaltungsgericht Ansbach
- Korbinian Heinzeller Vorsitzender Richter am Bayerischen Verwaltungsgericht München
- Dr. Thomas Holzner, Dipl. sc.
pol. Univ. Polizeidirektor, Leiter des Kriminalfachdezernats 6 (Zentrale Ermittlungen/Diebstahl/Ausländerkriminalität) beim Polizeipräsidium München; apl. Professor an der Universität Augsburg
- Dominik Klauck Rechtsanwalt, München
- Dr. Josef Franz Lindner o. Professor an der Universität Augsburg
- Dr. Markus Löffelmann Professor für nationales und internationales Sicherheitsrecht an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Berlin; Richter am Oberlandesgericht München a. D.
- Dr. Bettina Meermagen Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, München
- Dr. Markus Möstl o. Professor an der Universität Bayreuth
- Dr. Michael W. Müller, M.A.,
LL.M. (Cambridge) Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Dr. Mirjam Müller Oberregierungsrätin, Landratsamt Nürnberger Land
- Dr. Gerrit Müller-Eiselt Rechtsanwalt, München
- Dr. Laura Münkler o. Professorin an der Universität Greifswald
- Dr. Sabrina Pechtold Oberregierungsrätin, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, München
- Dr. Thomas Petri Bayerischer Landesbeauftragter für den Datenschutz, Honorarprofessor an der Hochschule München
- Philipp Rosch, LL.M. Oberregierungsrat, Informationssicherheitsbeauftragter, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn

Bearbeiterverzeichnis

Josef Schmid	Kriminaldirektor beim Bayerischen Landeskriminalamt München
Dr. Meinhard Schröder	o. Professor an der Universität Passau
Dr. Thomas Schwabenbauer ...	Richter am Bayerischen Verwaltungsgericht, München
Dr. Kyrill-Alexander Schwarz .	o. Professor an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Reinhard Senftl	Vizepräsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, München
Frank Unkroth	Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, München
Dr. Johannes Unterreitmeier ...	Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, München

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Das Recht der polizeilichen und sicherheitsbehördlichen Gefahrenabwehr ist das Herzstück des klassischen rechtsstaatlichen Verwaltungsrechts. Zugleich ist es infolge sich verändernder Bedrohungen und ausgereifterer Aufklärungs- und Ausforschungsmöglichkeiten sowie stark gewachsener verfassungsgerichtlicher, aber auch unionsrechtlicher Einflüsse ein beständig im Wandel begriffenes Rechtsgebiet. In der bundesstaatlichen Ordnung Deutschlands ist dieses Rechtsgebiet in seinen Schwerpunkten traditionell Ländersache; aus ihrer originären Zuständigkeit für das Recht der Sicherheitsgewährleistung, dieser ältesten und grundlegendsten aller Staatsaufgaben, schöpfen die Länder einen wesentlichen Teil ihrer fortbestehenden Staatlichkeit.

Die landesrechtliche Prägung des Polizei- und Sicherheitsrechts stellt für seine wissenschaftliche Durchdringung und literarische Bearbeitung eine Herausforderung dar: Landesübergreifende Werke können oft nicht genügend Rücksicht auf länderspezifische Besonderheiten nehmen; für jedes einzelne Land eine qualitativ hochwertige gesonderte Darstellung vorzulegen, ist hingegen schwierig.

Die seit einigen Jahren eingeführten und nun auch erstmals in gedruckter Form erschienenen Beck'schen Online-Kommentare zum Polizei- und Sicherheitsrecht in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen nehmen diese Herausforderung an. Zur Mitarbeit konnten die Herausgeber jeweils Autoren aus der Wissenschaft und der Praxis des betreffenden Landes gewinnen. Diese fünf Einzelkommentare werden – sowohl in der Online- als auch in der Printfassung – durch eine gemeinsame Konzeption sowie durch einen den Kommentierungen vorangestellten dreigliedrigen Einleitungsteil mit systematischen und begrifflichen Vorbemerkungen verklammert, in dem übergreifende dogmatische Strukturen des Rechtsgebiets vorgestellt werden. Der Einleitungsteil umfasst Bemerkungen zum Polizeirecht in Deutschland, zu den Entwicklungen und Strukturen des einschlägigen Landesrechts sowie zur Richtlinie (EU) 2016/680 (sog. JI-Richtlinie).

Die Kommentierung für Bayern umfasst zunächst das Polizeiaufgabengesetz (PAG), das Polizeiorganisationsgesetz (POG) und das Landesstraf- und Verordnungsgesetz (LStVG) als klassische Gesetze. Seit kurzem wird das Werk durch die Kommentierung von zwei weiteren Gesetzen mit starkem polizei- und sicherheitsrechtlichem Bezug vervollständigt: dem Bayerischen Versammlungsgesetz und dem Bayerischen Verfassungsschutzgesetz.

Herausgeber und Autoren hoffen mit diesem umfangreichen Kommentar die praktische wie wissenschaftliche Befassung mit dem bayerischen Polizei- und Sicherheitsrecht voranzubringen. Behörden, Gerichte, Anwaltschaft und Wissenschaft, gleichermaßen aber auch Rechtsreferendare und Studierende sollen kompetent erläuterten Zugang zu allen maßgeblichen Rechtsfragen finden.

Bayreuth und München im Dezember 2021

*Markus Möstl
Thomas Schwabenbauer*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort	VII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XVII

Systematische und begriffliche Vorbemerkungen

Systematische und begriffliche Vorbemerkungen zum Polizeirecht in Deutschland ...	1
Entwicklung und Strukturen des Polizei- und Sicherheitsrechts in Bayern	57
Einführung in die Datenschutz-Richtlinie (EU) 2016/680 (JI-RL)	83

Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG)

I. Abschnitt. Allgemeine Vorschriften

Art. 1	Begriff der Polizei	101
Art. 2	Aufgaben der Polizei	107
Art. 3	Verhältnis zu anderen Behörden	121
Art. 4	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	125
Art. 5	Erkennen, Wahl der Mittel	159
Art. 6	Ausweispflicht des Polizeibeamten	178
Art. 7	Verantwortlichkeit für das Verhalten von Personen	180
Art. 8	Verantwortlichkeit für den Zustand von Sachen	196
Art. 9	Unmittelbare Ausführung einer Maßnahme	206
Art. 10	Inanspruchnahme nicht verantwortlicher Personen	220

II. Abschnitt. Befugnisse der Polizei

Art. 11	Allgemeine Befugnisse	230
Art. 11a	Allgemeine Befugnisse bei drohender Gefahr	261
Art. 12	Auskunftspflicht	270
Art. 13	Identitätsfeststellung und Prüfung von Berechtigungsscheinen	273
Art. 14	Erkennungsdienstliche Maßnahmen	287
Art. 15	Vorladung	297
Art. 16	Platzverweis, Kontaktverbot, Aufenthalts- und Meldeanordnung	303
Art. 17	Gewahrsam	316
Art. 18	Richterliche Entscheidung	334
Art. 19	Behandlung festgehaltener Personen	336
Art. 20	Dauer der Freiheitsentziehung	341
Art. 21	Durchsuchung von Personen	344
Art. 22	Durchsuchung von Sachen	350
Art. 23	Betreten und Durchsuchen von Wohnungen	355
Art. 24	Verfahren bei der Durchsuchung von Wohnungen	385
Art. 25	Sicherstellung	399
Art. 26	Verwahrung sichergestellter Sachen	419
Art. 27	Verwertung und Vernichtung sichergestellter Sachen	424
Art. 28	Beendigung der Sicherstellung, Kosten	430
Art. 29	(aufgehoben)	436

III. Abschnitt. Datenverarbeitung

1. Unterabschnitt. Datenerhebung

Art. 30	Allgemeine Grundsätze	437
Art. 31	Grundsätze der Datenerhebung	444

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Art. 32 Datenerhebung	452
Art. 32a Molekulargenetische Untersuchung bei Spurenmaterial unbekannter Herkunft	457

2. Unterabschnitt. Besondere Befugnisse und Maßnahmen der Datenerhebung

Art. 33 Offene Bild- und Tonaufnahmen	459
Art. 34 Elektronische Aufenthaltsüberwachung	482
Art. 35 Postsicherstellung	502
Art. 36 Besondere Mittel der Datenerhebung	524
Art. 37 Einsatz Verdeckter Ermittler	541
Art. 38 Einsatz von Vertrauenspersonen	549
Art. 39 Automatisierte Kennzeichenerkennungssysteme	557
Art. 40 Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung	572
Art. 41 Einsatz technischer Mittel in Wohnungen	577
Art. 42 Eingriffe in den Telekommunikationsbereich	608
Art. 43 Mitwirkungspflichten der Diensteanbieter	650
Art. 44 Besondere Verfahrensregelungen für Maßnahmen nach den Art. 42 und 43	675
Art. 45 Verdeckter Zugriff auf informationstechnische Systeme	680
Art. 46 Rasterfahndung	688
Art. 47 Einsatz von unbemannten Luftfahrtsystemen	692
Art. 47a Überwindung besonderer Sicherungen	701
Art. 48 Weiterverarbeitung von Daten, Datenübermittlung, Kennzeichnung und Sicherung	707
Art. 49 Schutz von Berufsgeheimnisträgern und des Kernbereichs privater Lebensgestaltung	710
Art. 50 Benachrichtigungspflichten	725
Art. 51 Protokollierung, Kontrolle durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz	735
Art. 52 Parlamentarische Kontrolle, Unterrichtung der Öffentlichkeit	740

3. Unterabschnitt. Datenspeicherung, -übermittlung und sonstige Datenverarbeitung

Art. 53 Allgemeine Regeln der Datenspeicherung und sonstigen Datenverarbeitung	745
Art. 54 Speicherung, Veränderung und Nutzung von Daten	752
Art. 55 Allgemeine Regelungen der Datenübermittlung	760
Art. 56 Übermittlung an öffentliche Stellen im Inland	765
Art. 57 Übermittlung an öffentliche Stellen der Mitgliedstaaten und an Organisationen der Europäischen Union	769
Art. 58 Übermittlung an öffentliche Stellen in Drittstaaten und an internationale Organisationen	772
Art. 59 Übermittlung an nichtöffentliche Stellen	778
Art. 60 Datenempfang durch die Polizei	782
Art. 60a Zuverlässigkeitsüberprüfung	785
Art. 61 Datenabgleich innerhalb der Polizei	790
Art. 62 Berichtigung, Löschung und Verarbeitungseinschränkung von Daten	794
Art. 63 Automatisiertes Abrufverfahren	800
Art. 64 Errichtungsanordnung für Dateien, Datenschutz-Folgenabschätzung	802
Art. 65 Auskunftsrecht	807

4. Unterabschnitt. Anwendung des Bayerischen Datenschutzgesetzes

Art. 66 Anwendung des Bayerischen Datenschutzgesetzes	810
-------------------------------------------------------------	-----

IV. Abschnitt. Vollzugshilfe

Art. 67 Vollzugshilfe	813
-----------------------------	-----

		Seite
Art. 68	Verfahren	822
Art. 69	Vollzugshilfe bei Freiheitsentziehung	825

V. Abschnitt. Zwang

1. Unterabschnitt. Erzwingung von Handlungen, Duldungen und Unterlassungen

Art. 70	Zulässigkeit des Verwaltungszwangs	831
Art. 71	Zwangsmittel	835
Art. 72	Ersatzvornahme	837
Art. 73	Zwangsgeld	841
Art. 74	Ersatzzwangshaft	842
Art. 75	Unmittelbarer Zwang	844
Art. 76	Androhung der Zwangsmittel	848

2. Unterabschnitt. Anwendung unmittelbaren Zwangs

Art. 77	Rechtliche Grundlagen	852
Art. 78	Begriffsbestimmung	856
Art. 79	Handeln auf Anordnung	863
Art. 80	Hilfeleistung für Verletzte	867
Art. 81	Androhung unmittelbaren Zwangs	869
Art. 82	Fesselung von Personen	873
Art. 83	Allgemeine Vorschriften für den Schußwaffengebrauch	876
Art. 84	Schußwaffengebrauch gegen Personen	881
Art. 85	Schußwaffengebrauch gegen Personen in einer Menschenmenge	887
Art. 86	Besondere Waffen, Sprengmittel	890

VI. Abschnitt. Entschädigungs-, Erstattungs- und Ersatzansprüche

Art. 87	Entschädigungsanspruch	895
Art. 88	Erstattungsanspruch	917
Art. 89	Ersatzanspruch	923
Art. 90	Rechtsweg	927

VII. Abschnitt. Opferschutz

Art. 91	Opferschutzmaßnahmen	932
Art. 92	Verwendung personenbezogener Daten bei Opferschutz	938

VIII. Abschnitt. Kostenwesen

Art. 93	Verhältnis zum Kostengesetz, Verordnungsermächtigung	943
---------	------------------------------------------------------------	-----

IX. Abschnitt. Richtervorbehalte; gerichtliches Verfahren

Art. 94	Richtervorbehalte	963
Art. 95	Gefahr im Verzug	981
Art. 96	Verfahren für gerichtliche Entscheidungen; Wegfall der Anordnungsvoraussetzungen	988
Art. 97	Richterliche Entscheidung bei Freiheitsentziehung; anwaltlicher Vertreter	995
Art. 98	Zuständigkeit für gerichtliche Entscheidungen	1004
Art. 99	Beschwerde, Rechtsbeschwerde	1006

X. Abschnitt. Schlussbestimmungen

Art. 100	Einschränkung von Grundrechten	1012
Art. 101	Übergangsbestimmungen	1017
Art. 102	Inkrafttreten, Außerkrafttreten	1018

**Gesetz über die Organisation der Bayerischen Staatlichen Polizei
(Polizeiorganisationsgesetz – POG)**

Art. 1	Begriff, Träger und Gliederung der Polizei	1023
--------	--------------------------------------------------	------

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Art. 2	Dienstkräfte der Polizei 1025
Art. 3	Zuständigkeit, Dienstbereiche 1030
Art. 4	Landespolizei, Verordnungsermächtigung 1035
Art. 5	Grenzpolizei; Verordnungsermächtigung 1040
Art. 6	Bereitschaftspolizei, Verordnungsermächtigung 1043
Art. 7	Landeskriminalamt 1050
Art. 8	Polizeiverwaltungsamt 1068
Art. 9	Zusammenarbeit 1069
Art. 10	Besondere Zuständigkeiten, Verordnungsermächtigung 1079
Art. 11	Dienstkräfte anderer Länder sowie des Bundes oder anderer Staaten 1084
Art. 12	Rechtsbehelfe 1094
Art. 13	Zentrale Datenprüfstelle 1103
Art. 14	Verfahren der Zentralen Datenprüfstelle 1106
Art. 15	Inkrafttreten 1108

Gesetz über das Landesstrafrecht und das Ordnungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Landesstraf- und Verordnungsgesetz – LStVG)

Erster Teil. Allgemeine Vorschriften über Straftaten und Ordnungswidrigkeiten

Art. 1	Einteilung der Tatbestände 1109
Art. 2	Straftaten 1117
Art. 3	Ordnungswidrigkeiten 1121
Art. 4	Zuwerhandlungen gegen Rechtsvorschriften oder Anordnungen für den Einzelfall 1126
Art. 5	Vollstreckung des Bußgeldbescheids 1136

Zweiter Teil. Aufgaben und Befugnisse der Sicherheitsbehörden; Entschädigung

Art. 6	Aufgaben der Sicherheitsbehörden 1144
Art. 7	Befugnisse der Sicherheitsbehörden 1152
Art. 8	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 1182
Art. 9	Richtung der Maßnahmen 1200
Art. 10	Sicherheitsbehörden und Polizei 1210
Art. 11	Entschädigung 1214

Dritter Teil. Einzelne Ermächtigungen und Ordnungswidrigkeiten

1. Abschnitt. Schutz der Gesundheit und Reinlichkeit

Art. 12 bis 15	(aufgehoben) 1224
Art. 16	Bekämpfung verwilderter Tauben 1224
Art. 17	(aufgehoben) 1229
Art. 18	Halten von Hunden 1229

2. Abschnitt. Vergnügungen

Art. 19	Veranstaltung von Vergnügungen 1271
---------	-------------------------------------------

3. Abschnitt. Weitere Vorschriften zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Art. 20	Staatliche Parkanlagen 1299
Art. 21	Unerlaubter Verkehr mit Verwahrten 1305
Art. 22	Notzeichen 1311
Art. 23	Menschenansammlungen 1316
Art. 23a	Uniform- und politisches Kennzeichenverbot 1324
Art. 23b	Verbot der Gesichtsverhüllung 1330
Art. 24	Ski- und Skibobfahren, Rodeln 1336
Art. 25	Zelten, Aufstellen von Wohnwagen 1354

	Seite
Art. 26	Betreten und Befahren von Grundstücken 1358
Art. 27	Baden; Betreten und Befahren von Eisflächen 1361
Art. 28	Öffentliche Anschläge 1365
Art. 29	Fliegende Verkaufsanlagen 1381
Art. 30	Verzehr alkoholischer Getränke auf öffentlichen Flächen 1385
Art. 31	Gifte, Giftwaren, Arzneien 1401
Art. 32	Hochgiftige Stoffe 1403
Art. 33	Überwachung 1406
Art. 34 bis 36	(aufgehoben) 1411
Art. 37	Halten gefährlicher Tiere 1411
Art. 37a	Zucht und Ausbildung von Kampfhunden 1445
Art. 38	Verhütung von Bränden 1450

4. Abschnitt. Schutz von Feld und Flur

Art. 39	Feld und Flur 1466
Art. 40	Weidefrevel 1469
Art. 41	Feldgefährdung 1469

Vierter Teil. Verfahren beim Erlaß von Verordnungen

Art. 42	Verordnungen der Gemeinden, Landkreise und Bezirke 1472
Art. 43	Vollzug der Verordnungen 1478
Art. 44	Zuständigkeit verschiedener Behörden oder Stellen 1481
Art. 45	Rechtmäßigkeit und Angabe der Rechtsgrundlage 1485
Art. 46	Pflicht zum Erlaß von Verordnungen 1488
Art. 47	(aufgehoben) 1492
Art. 48	Änderung und Aufhebung von Verordnungen 1493
Art. 49	Allgemeine Aufsichtspflicht 1496
Art. 50	Geltungsdauer 1500
Art. 51	Amtliche Bekanntmachung 1504
Art. 52	Hinweis auf die Bekanntmachung 1515
Art. 53	Mitteilungen 1516

Fünfter Teil. Übergangs- und Schlußvorschriften

Art. 54	(aufgehoben) 1518
Art. 55	Verordnungsermächtigungen für besondere Zuständigkeiten 1518
Art. 56	Zuständigkeit für gemeindefreie Gebiete 1519
Art. 57	(aufgehoben) 1521
Art. 58	Einschränkung von Grundrechten 1521
Art. 59	Zuständigkeit zur Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 112 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten 1522
Art. 60	Fortbestand alten Ordnungsrechts 1523
Art. 61	Einstweilige Vorschriften über die Stilllegung und Beseitigung von An- lagen und Geräten 1525
Art. 62	Inkrafttreten 1530

Bayerisches Versammlungsgesetz (BayVersG)

Erster Teil. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1	Grundsatz 1531
Art. 2	Begriffsbestimmungen, Anwendungsbereich 1549
Art. 3	Versammlungsleitung 1557
Art. 4	Leistungsrechte und -pflichten 1567
Art. 5	Pflichten der teilnehmenden Personen 1581
Art. 6	Waffenverbot 1588
Art. 7	Uniformierungs- und Militanzverbot 1596
Art. 8	Störungsverbot, Aufrufverbot 1604

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Art. 9 Bild- und Tonaufnahmen oder -aufzeichnungen	1612
Zweiter Teil. Versammlungen in geschlossenen Räumen	
Art. 10 Veranstalterrechte und -pflichten	1623
Art. 11 Ausschluss von Störern, Hausrecht	1630
Art. 12 Beschränkungen, Verbote, Auflösung	1634
Dritter Teil. Versammlungen unter freiem Himmel	
Art. 13 Anzeige- und Mitteilungspflicht	1663
Art. 14 Zusammenarbeit	1675
Art. 15 Beschränkungen, Verbote, Auflösung	1683
Art. 16 Schutzwaffen- und Vermummungsverbot	1726
Vierter Teil. Befriedeter Bezirk	
Art. 17 Befriedeter Bezirk	1738
Art. 18 Schutz des Landtags	1745
Art. 19 Zulassung von Versammlungen	1746
Fünfter Teil. Straf- und Bußgeldvorschriften	
Art. 20 Strafvorschriften	1754
Art. 21 Bußgeldvorschriften	1759
Art. 22 Einziehung	1764
Sechster Teil. Schlussbestimmungen	
Art. 23 Einschränkung von Grundrechten	1767
Art. 24 Zuständigkeiten	1769
Art. 25 Keine aufschiebende Wirkung der Klage	1772
Art. 26 Kosten	1775
Art. 27 (aufgehoben)	1776
Art. 28 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsregelung	1777
Bayerisches Verfassungsschutzgesetz (BayVSG)	
Systematische Vorbemerkungen zum BayVSG	1780
Teil 1. Organisation und Aufgaben	
Art. 1 Organisation	1796
Art. 2 Zusammenarbeit	1802
Art. 3 Aufgaben	1809
Art. 4 Begriffsbestimmungen	1817
Teil 2. Befugnisse	
Kapitel 1. Allgemeine Bestimmungen	
Art. 5 Allgemeine Befugnisse	1822
Art. 6 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	1831
Art. 7 Nachvollziehbarkeit	1837
Kapitel 2. Nachrichtendienstliche Mittel	
Art. 8 Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel	1842
Art. 8a Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung und der Berufsgeheimnisträger	1850
Art. 8b Zweckbindung	1855
Art. 9 Verdeckter Einsatz technischer Mittel zur Wohnraumüberwachung	1869
Art. 10 Verdeckter Zugriff auf informationstechnische Systeme	1874
Art. 11 Verfahren bei Maßnahmen nach den Art. 9 und 10	1880

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Art. 12	Ortung von Mobilfunkendgeräten 1885
Art. 13	Überwachung der Telekommunikation 1911
Art. 14	Auskunftersuchen zu Telekommunikation und Telemedien 1935
Art. 15	Auskunftersuchen im Schutzbereich des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses 1947
Art. 16	Weitere Auskunftersuchen 1963
Art. 17	Verfahren bei Maßnahmen nach den Art. 14 bis 16 1973
Art. 18	Verdeckte Mitarbeiter 1979
Art. 19	Vertrauensleute 1997
Art. 19a	Observationen 2003
Art. 20	Parlamentarische Kontrolle 2012

Kapitel 3. Datenverarbeitung

Art. 21	Löschung, Verarbeitungseinschränkung und Berichtigung 2033
Art. 22	Errichtungsanordnung 2042
Art. 23	Auskunft 2044

Kapitel 4. Übermittlungsvorschriften

Art. 24	Informationsübermittlung durch öffentliche Stellen 2055
Art. 25	Informationsübermittlung durch das Landesamt 2064
Art. 26	Verfassungsschutz durch Aufklärung der Öffentlichkeit 2092
Art. 27	Übermittlungsverbote 2104

Teil 3. Schlussvorschriften

Art. 28	Anwendbarkeit des allgemeinen Datenschutzrechts 2114
Art. 29	Einschränkung von Grundrechten 2116
Art. 29a	(aufgehoben) 2119
Art. 30	Inkrafttreten 2122

Sachverzeichnis	2123
------------------------------	------